

---

**7694/AB XXIV. GP**

---

**Eingelangt am 28.04.2011**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

## **Anfragebeantwortung**

NIKOLAUS BERLAKOVICH  
Bundesminister



lebensministerium.at

An die  
Frau Präsidentin  
des Nationalrates  
Mag.<sup>a</sup> Barbara Prammer

ZI. LE.4.2.4/0042-I 3/2011

Parlament  
1017 Wien

Wien, am 27. APR. 2011

Gegenstand: Schriftl. parl. Anfr. d. Abg. z. NR Ing. Heinz-Peter Hackl, Kolleginnen und Kollegen vom 3. März 2011, Nr. 7839/J, betreffend Entsorgung von Energiesparlampen

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Ing. Heinz-Peter Hackl, Kolleginnen und Kollegen vom 3. März 2011, Nr. 7839/J, teile ich Folgendes mit:

Zu Frage 1:

Energiesparlampen werden in Österreich fachgerecht verwertet, wobei allerdings das Hg-haltige Leuchtpulver aus technischen Gründen nicht verwertet werden kann und als gefährlicher Abfall zu beseitigen ist.

Zu Frage 2:

Das Leuchtpulver wird nach Deutschland exportiert und in Untertagedeponien abgelagert.

Zu Frage 3:Exporte von Hg-haltigen Abfällen aus der Aufbereitung von Leuchtstoffröhren:

2007: 85,95 t Leuchtpulver und Glasbruch, Hg-haltig zu D12 (Untertagedeponierung)

2008: 72,77 t Leuchtpulver und Glasbruch, Hg-haltig zu D12

2009: 6,57 t Leuchtpulver, Hg-haltig zu D12

2010: keine Transporte

Der tatsächliche Hg-Anteil in Glas und Leuchtstoff liegt typischer Weise unter 1%.

In geringem Umfang (< 1t) wurden auch Hg-haltige Glasgeräte (Thermometer, Barometer und auch Hg-Dampflampen – Anteil nicht quantifizierbar) 2007, 2009 und 2010 zur Redestillation von Quecksilber exportiert. Sonstige Exporte Hg-haltiger Abfälle betreffen Zahnamalgam und Hg-kontaminierte Sinterkörper aus dem Gerätebau (jeweils zur Metallrückgewinnung R4).

Zu Frage 4:

Nein.

Zu Frage 5:

Diese Daten sind nicht bekannt. Da jedoch eine Rückgewinnung (Redestillation) von Quecksilber aufgrund fehlender Einsatzmöglichkeiten kaum mehr durchgeführt wird, ist anzunehmen, dass auch andere EU-Mitgliedstaaten die Endablagerungsmöglichkeit in den deutschen Untertagedeponien nutzen.

Der Bundesminister: